

gewissen Augenzwinkern auch immer als die „Freie Schiller-Universität“ bezeichnet. Damit sollte zum Ausdruck kommen, daß in Jena im Vergleich zu anderen Universitäten, beispielsweise im Vergleich zu Leipzig oder Halle – ich habe in Leipzig Tiermedizin studiert und konnte das ganz gut beurteilen –, doch ein Klima herrschte, das wir als vergleichsweise angenehm empfanden.

Dessenungeachtet waren hier insbesondere auch in den ersten Jahrzehnten die Folgen der Diktatur zu spüren. Ich bin hier geboren, bin hier in die Schule gegangen. In unmittelbarer Nachbarschaft dieses Gebäudes befindet sich die Grundschule, an der am 17. Juni 1953 die Bilder von den Wänden flogen, von der aus wir im Anschluß daran das Gefängnis stürmten und auf dem Holzmarkt bis zum Eintreffen der sowjetischen Panzer das Deutschlandlied gesungen haben. Die Jenaer haben danach einen sehr deprimierenden Tag erlebt, an dem dann auch Helmut Diener standrechtlich erschossen wurde, zu dessen Ehren wir eine Straße nach ihm benannt haben.

Die Stadt Jena hat insbesondere in den siebziger Jahren wieder im Zusammenhang mit der Friedensbewegung an die freiheitlichen Traditionen angeknüpft, und wir sind dankbar, daß diese Generation diese Tradition wieder aufgegriffen hat. Dies wird heute abend Thema Ihrer Gesprächsrunde sein. Die damit im Zusammenhang stehenden Ausweisungen, Verhaftungen, Verhöre mit Todesfolge machten sich allerdings – diesen Eindruck habe ich – auch dadurch bemerkbar, daß wir bei den Ereignissen 1989 auf einige derer verzichten mußten, die sonst möglicherweise zur Verfügung gestanden hätten, denn sie waren nicht mehr in Jena.

So wurde denn auch die Wende in Jena zunächst von der jungen Generation und nicht von meiner getragen. Meine Generation war enttäuscht vom 17. Juni, vom 13. August, von den Ereignissen in Ungarn, in der CSSR usw. Aber gerade dies hat uns dann auch politisch in die Pflicht genommen, der jüngeren Generation auf diesem Wege zu helfen.

Wenn ich „in die Pflicht genommen“ sage, dann haben wir dies mit einer Regenbogenkoalition fortgesetzt, die zumindest in Thüringen ihresgleichen sucht. Seit den Kommunalwahlen im Jahre 1990 sind fünf Parteien in einer großen Koalition in der Verantwortung. In der Opposition befinden sich PDS und DSU. Diese Koalition ist – so glaube ich – in gewisser Weise ein Aktionsbündnis, das die bitteren Erfahrungen zugrunde legt, die wir in der Vergangenheit gemacht haben.

Ich hoffe, Sie sehen im Zusammenhang mit Ihrem Besuch einige Fortschritte auf dem Gebiet dieser Universitätsstadt Jena. Wir sind mit dem Erreichten zweifelsohne nicht zufrieden, aber was beispielsweise die Arbeitsmarktdaten und andere Kennwerte angeht, dürfen wir davon ausgehen, daß wir in Thüringen und auch in den Neubundesländern gut abschneiden. Wir hoffen, daß wir das bis zu den Kommunalwahlen im Juni 1994 ungestört fortsetzen und auch danach weiterhin diesen Weg gehen können.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Schritte wohlwollend kritisch begleiten würden. Wir werden uns alle Mühe geben, um damit das Vermächtnis derer umzusetzen, die dies nicht mehr miterleben dürfen, in deren Pflicht und Verantwortung wir uns aber sehen.

Seien Sie herzlich willkommen. Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Röhlinger. Das Thema unserer Anhörung, „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“, wird – das ist in den einführenden Worten des Bürgermeisters auch schon deutlich geworden – in Jena an durchaus passendem Ort verhandelt. Wir werden heute abend einen eigenen Themenblock „Widerstand und Opposition in Jena“ haben. Da wird uns endgültig deutlich werden, wie sehr gerade in dieser thüringischen Stadt der Geist der Demokratie sowie die Bereitschaft zu Einspruch und Widerspruch seit den Zeiten Friedrich Schillers lebendig geblieben sind.

Die Geschichte der Opposition und des Widerstandes in der DDR ist noch nicht geschrieben. Auch unsere Kommission kann diese Arbeit nicht leisten. Das bleibt Sache der Historiker. Die Anhörung, die sich heute und morgen mit „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens in der DDR“ beschäftigen wird, kann nur einige Aspekte dessen aufhellen, was so landläufig, oft aber auch recht unscharf mit Opposition, Dissidenz, Resistenz oder gar Widerstand umschrieben wird.

Die Schwierigkeiten beginnen schon bei dem Versuch der begrifflichen Definition. Das haben übrigens bereits die Forschungen zur Widerstandsgeschichte im Nationalsozialismus gelehrt, bei denen wir bis heute Probleme damit haben, genau zu sagen, wo die exakten Grenzlinien gezogen werden müssen.

Die einstmals Herrschenden im Staat der SED machten sich das einfacher. Sie leugneten schlicht jede Opposition in der DDR als prinzipiell systemwidrig.

„In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition gegen die herrschenden gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse keine objektive politische oder soziale Grundlage.“

So sprachen die Funktionäre in dem offziösen „Kleinen Politischen Wörterbuch“, das auch im Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus an der Universität in Jena verwendet wurde.

Zitat: „Da die sozialistische Staatsmacht die Interessen des Volkes verkörpert und seinen Willen verwirklicht ..., richtete sich jegliche Opposition gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung gegen die Werktätigen selbst.“ Logischerweise wurde unter dieser politisch-ideologischen Voraussetzung jede Opposition in der DDR – innerparteilich, parlamentarisch oder außerparlamentarisch – tabuisiert und kriminalisiert. Das Verlangen nach Zulassung einer